

Haushaltsrede Senden 2009

Bündnis 90/Die Grünen
Anneliese Pieper

Es gilt das gesprochene Wort

Was lange währt, wird endlich gut – so heißt es im Sprichwort.

Und im Sendener Rathaus gibt es dafür Beispiele:

- **Da wird nach langen Jahren stetigen Werbens der Grünen für die Nutzung regenerativer Energien auf dem Sendener Rathaus endlich ein Solardach gebaut**
- **Da wird ein vor Jahren von den Grünen eingebrachter aber abgelehnter Antrag, den Bürgerpark als Sinnespark umzugestalten zeitverzögert als Antrag der CDU wieder eingebracht und genehmigt.**
- **Da wird nach 25 Jahren meist ablehnender Haltung gegen ihre Anträge eine grüne Politikerin vom Bundespräsidenten geehrt und der Bürgermeister lobt ihre Erfolge**
- **Und es gibt nun auch in Senden einen Haushalt nach den Prinzipien des Neuen Kommunalen Finanzmanagements – kurz NKF – , um den es heute geht.**

Die vorgegebene Frist, den kameralen Haushalt auf das neue System umzustellen, wurde bis aufs Letzte genutzt. Das haben wir unterstützt - und das war auch gut so – denn dieser Haushalt kann sich im Vergleich mit manchen anderen sehen lassen.

Die Gemeinde Senden steht finanziell hervorragend da – das ist aber nicht Neues.

Was wir an dem neuen Haushalt gutheißen und positiv bewerten ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde dieses Werk - soweit es das neue System zulässt – sich in der Formulierung von Zielen und Erläuterungen große Mühe gemacht haben, um die vorgesehenen Maßnahmen für die Politik beeinflussbar und steuerbar zu machen, was uns sonst mit dem neuen Haushaltssystem noch schwierig erscheint. Bei der Beratung des Haushaltes ist auch deutlich geworden, dass noch Änderungsbedarf z.B. bei den Zielen

besteht, aber die Möglichkeit zu ändern und zu ergänzen sind zugesagt worden, und wir werden sie nutzen.

Ich wiederhole also unsere Anerkennung, die ich bereits Ihnen gegenüber, Herr Hauschopp, Herr Träger, Herr Mende auch stellvertretend für ihre beteiligten Kolleginnen und Kollegen geäußert habe.

Was wir bemängeln ist grundsätzlicher Art, dass zukunftsgerichtete Ansätze, die die gesellschaftlichen Veränderungen aufgreifen und Lösungen anbieten, fehlen.

Mit diesem Haushalt soll weiterhin in ausgetretenen bequemen Schuhen gegangen werden und konsequente Ansätze zur Nachhaltigkeit und Zukunftstauglichkeit fehlen.

Dass wir Grünen also zu diesem Haushalt und den Absichten, wofür Geld ausgegeben bzw. nicht ausgegeben werden soll, zum Teil andere Vorstellungen haben, dürfte auch nach der bisherigen Beratung niemanden hier im Hause überraschen.

Lassen Sie mich das an einigen Beispielen deutlich machen.

Es geht uns Grünen zum Einen um die Situation der Menschen mit Behinderung.

Dass Menschen selbst bestimmen können, wie und wo sie wohnen und leben, arbeiten, in den Kindergarten und zur Schule gehen usw. und dass dieses Recht genauso den Menschen mit Behinderungen zusteht, war von jeher eine Forderung der Grünen, die wir auch bei unserer Arbeit in Senden deutlich gemacht haben.

Die nun auch von der Bundesregierung ratifizierte UN-Konvention zu den Rechten für Menschen mit Behinderung verpflichtet dazu, Voraussetzungen zu einer umfassenden Gleichstellung und selbstbestimmten Teilhabe zu schaffen, wozu auch die Gemeinde Senden ihren Beitrag leisten muss.

Der Paradigmenwechsel heißt Soziale Inklusion und beschreibt die Gleichwertigkeit der Menschen, ohne dass „Normalität“ vorausgesetzt wird.

Die Gesellschaft muss Bedingungen schaffen und Barrieren im umfassenden Sinne beseitigen, damit Menschen – unabhängig von ihren Besonderheiten – als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger der Gesellschaft teilhaben können.

Da heißt es z.B. in Artikel 24, (2) a) der Behindertenrechtskonvention, dass die Vertragsstaaten sicherstellen „dass Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden“.

Nicht die Schülerinnen und Schüler haben sich nach den Anforderungen der Schule zu richten, um nicht aussortiert zu werden, sondern Schule muss sich ändern, um den individuellen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden.

Dass ein solch verändertes Schulsystem grundsätzlich positiv für alle Schülerinnen und Schüler ist - und auch für Lehrerinnen und Lehrer gleich welcher Ausbildung - steht für uns Grüne außer Frage. Und wir stehen damit nicht alleine.

Aufgrund der berechtigten Klage einer Mutter in den WN, dass an Sendens Schulen gemeinsamer Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderung nicht stattfindet, hat die CDU-Fraktion einen zaghaften Versuch gewagt, die Bedingungen dafür an den Sendener Grundschulen zu prüfen. Bei unserem umfassenden Antrag, das gesamte Schulsystem und die Kindergärten zu untersuchen, konnten Sie sich, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, gerade mal zu einer beherzten Enthaltung hinreißen lassen.

Ich erinnere auch an unseren Antrag, in Senden die Barrieren festzustellen, wie sie Menschen mit körperlichen, geistigen, Seh- und Hör-Behinderungen in Senden vorfinden und diese dann abzubauen.

Erst beim zweiten Anlauf konnten Sie sich überwinden, diesem grünen Antrag zuzustimmen.

Einige Barrieren, vorwiegend die für körperbehinderte Menschen, sind inzwischen behoben worden, andere nicht. Die Umstellung der Gemeinde-Homepage haben wir nicht nur einmal angemahnt. Jetzt endlich in diesem Haushalt – man hat es uns versichert - sind Mittel dafür vorgesehen.

Solche Maßnahmen aber als ausreichend für die Umsetzung der UN-Konvention als gemeindlichen Beitrag anzunehmen, ist zu wenig.

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Wierling, für die Unterstützung bei unserem Antrag, die Maßgaben der UN-Konvention in der Gemeinde zu erfüllen

Ich hoffe sehr, dass es Wirklichkeit wird, einen Behindertenbeirat und eine Behindertenbeauftragte oder einen –beauftragten in Senden zu bestellen, damit diese Aufgabe in Senden mehr Gewicht bekommt.

Meiner Wahrnehmung nach, scheint hierbei viel Überzeugungsarbeit notwendig zu sein. Um so mehr begrüßen wir, Beistand zu finden, wie wir uns auch dann wünschen, wenn wir für den Schutz des Klimas, für eine bessere Umweltpolitik und den behutsamen Umgang mit Wiesen, Feldern und Wäldern werben.

Die vier im letzten Jahr veröffentlichten Berichte des Weltklimarates bestätigen: der Klimawandel ist nicht mehr zu verhindern. Aber – und das ist die positive Botschaft: das Ausmaß des Klimawandels kann von der Menschheit noch beeinflusst werden. Aber dafür müssen wir etwas tun!

Es ist für uns Grüne selbstverständlich, dass wir die Maßnahmen der Gemeinde Senden begrüßen und unterstützen, die sich auch mit dem Energy Award „bezahlt“ gemacht haben.

Mit diesem Pfund müssen wir aber „wuchern“ und offensiv werben und die Bevölkerung zur Nachahmung auffordern.

Warum z.B. fehlt eine Initiative zur Schaffung von Bürgersolaranlagen und warum werden die großen Dachflächen in unseren Gewerbegebieten immer noch nicht für solche Zwecke genutzt?

Es reicht nicht aus, eine Infrastrukturgesellschaft zur Übernahme von Netzen anzustreben, die zur Autonomie und Gewinnmaximierung der Kommunen beitragen soll. Grundsätzlich ist dazu nichts Negatives zu sagen. Das reicht aber nach grüner Ansicht nicht aus, wenn nicht auch Alternativen der regenerativen Stromerzeugung damit einhergehen gegenüber der bevorzugten Stromerzeugung der Großkonzerne mit endlichen, gefährlichen und umweltschädlichen Ressourcen wie Uran, Kohle, Gas und Öl.

Es ist unbedacht und für uns nicht nachvollziehbar, dass weitergehende Anträge der Grünen z.B. zur Ausweitung der Energieberatung, zu Nahwärmenetzen, zu Warmwasseranlagen auf Turnhallen und Umkleiden usw. nach wie vor nicht unterstützt und genutzt werden.

Der Maßstab der CDU-Fraktion, dass „es sich rechnen“ muss, kann nicht immer wieder der bestimmende Grund bei der Beurteilung der Dinge sein, zumal neben dem lebensnotwendigen Klimaschutz auch volkswirtschaftlicher Nutzen und konkrete Wirtschaftsförderung, verehrte Kollegen von der FDP, erzielt werden kann, beispielsweise durch Aufträge für solche Maßnahmen an heimische Handwerksbetriebe mit Wirkung auf neue und gesicherte Arbeitsplätze, die dann auch zum Steuereinkommen der Gemeinde beitragen.

Die Windkraftverhinderungspolitik, die in Senden mit den Stimmen von CDU und FDP bisher unwiderrufen betrieben wurde, hat sich mit Blick auf Klimaschutz und Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft als schädlicher Irrglaube erwiesen.

Wir sehen bisher keine Umkehr, halten sie aber für dringend erforderlich und werden dazu Anträge stellen.

Drei Millionen Euro für Grunderwerb sind allein in diesem Jahr im Haushalt vorgesehen und für die folgenden Jahre jeweils weitere eineinhalb Millionen. Und das nennen Sie, Herr Röttger, immer noch „gebremstes Wachstum“.

Sie reden doch sonst Ihrer Landesregierung das Wort, egal ob es z.B. die finanziellen und personellen Kapazitäten der Gemeinde über Gebühr und unsinnig belastet, wie beim strategisch verordneten Kommunalwahltermin durch die Landesregierung. Ihr Minister Uhlenberg will den Flächenverbrauch drastisch einschränken. Und es ist bis jetzt traditionell noch überwiegend Ihre Klientel aus der Landwirtschaft, die Hilferufe startet, weil die Lebensgrundlagen der bäuerlichen Landwirtschaft in großem Ausmaß für Bauland vernichtet und unwiederbringlich versiegelt werden.

Und nicht nur das. Entwicklungen durch den demografischen Wandel ändern unsere Gesellschaft in einem bisher unbekanntem Ausmaß, die in vielerlei Hinsicht – nicht nur beim Bauen - neue Konzepte und Angebote verlangen, zu denen die Politik beitragen muss.

Erinnern Sie sich überhaupt noch an die Pestel-Studie zum Demografischen Wandel? Das war das erste und das letzte Mal, dass wir uns im Sendener Rat mit diesem Thema befasst haben. Unsere Einwände, dass wir das Thema auf die Tagesordnung setzen und perspektivisch beraten und Maßnahmen ergreifen müssen, sind bisher ignoriert worden.

Es ist offensichtlich, dass zukünftig der Neubaubedarf zurückgehen wird und die Gestaltung von Wohnbaugebieten und die gemeindliche Infrastruktur andere Angebote vorhalten muss, die auch einer älter werden Gesellschaft gerecht wird.

Aber an diesem Haushalt ist abzulesen: Es gibt kein Umdenken, sondern es herrscht die Politik nach den Regeln „Weiter so!“

Wir tragen diese Politik nicht mit, so wie wir auch weitere konkrete Wohn- und Gewerbebauvorhaben nicht mittragen werden, solange, bis die Fragen nach der Entwicklung Sendens und dem zukünftigen Bedarf in allen gesellschaftlichen Bereichen auf die Tagesordnung gesetzt und zukunftstaugliche Konzepte entwickelt und beschlossen werden.

Bis heute z.B. ist unsere Anfrage unbeantwortet, wie viele Gewerbeflächen in den ausgewiesenen Gewerbegebieten noch zur Verfügung stehen, um den weiteren Bedarf ermessen zu können.

Was wir an diesem Haushalt bejahen – ich sagte es eingangs , ist die Benennung von Zielen und Leistungen, auf die wir uns berufen können, anstatt uns auf Versprechungen einlassen zu müssen. So haben wir z.B. die Gewähr, dass, wie von uns beantragt, ein Heimathaus in Senden und Bösensell im Haushalt berücksichtigt ist, dass Bolzplätze nicht nur versprochen, sondern im Haushalt verbrieft sind, dass aufsuchende Jugendarbeit fortgeführt werden soll, für die wir jahrzehntelang vergeblich gekämpft haben, dass die Beachtung von Geschlechtergerechtigkeit nicht übergangen werden kann.

Wir werden die Zusagen beim Wort nehmen, dass dieser erste NKF-Haushalt offen ist für Veränderungen und Festlegung fehlender Ziele und Leistungen und unsere Forderungen definieren und einbringen, wobei wir uns mit gleicher Kraft dafür einsetzen werden, die Ansätze im Haushalt zu korrigieren, die aus unserer Sicht mit Blick auf die Zukunft nicht zu verantworten sind.

Wir sind es gewohnt, dass grüne Ansprüche auf zukunftsichernde Veränderungen in vielen Fällen nicht sofort anerkannt und angenommen werden, haben aber den notwendigen langen Atem, nicht locker zu lassen.

**Wie sagten Sie doch, Herr Schütte, als Argument, die unnötigen Kosten für den Kommunalwahltermin zu verteidigen? „Demokratie kann auch was kosten!“
Vielleicht kostet es die CDU ja bei der nächsten Wahl die absolute Mehrheit. Dann nämlich wäre der Demokratie in sofern gedient, als dass die Anliegen und Anforderungen von ca. der Hälfte der Sendener Bevölkerung, also der „Oppositions“-wählerinnen und -wähler, nicht länger durch die Macht der Mehrheit ignoriert und weggestimmt werden, sobald sie Ihnen nicht genehm sind.**

Und unser Fazit zum diesjährigen Haushalt: Wir werden ihn ablehnen.